



**GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG**

GBZ-Info Nr. 48, September 2002

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 22. September finden wichtige Abstimmungen statt. Der GBZ hat das Referendum gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten mitgetragen, darum ist es klar, dass wir **Nein zu unfairen und unsozialen Ladenöffnungszeiten** stimmen.

Nicht so eindeutig ist die Ausgangslage beim Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Teile der Linken und der Grünen sind für das neue Gesetz, die Gewerkschaften dagegen. Versprochen wird, dass die Stromversorgung garantiert ist, die Strompreise sinken werden und dass das neue Gesetz die kleinen Betriebe und die KonsumentInnen schützen wird. Der massive Propagandaeinsatz der Arbeitgeber macht uns aber misstrauisch: Seit wann setzen sie sich so für die Kleinen ein? Es kommen uns Erinnerungen an das Krankenkassengesetz, das alles regeln sollte - passiert ist aber das Gegenteil! Alle Liberalisierungen haben bisher nur Vorteile für die Grossen und Nachteile für die Arbeitenden gebracht. Darum stimmen wir **Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)**.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sagt **Ja zur Solidaritätsstiftung** und ebenfalls Ja zur Goldinitiative. Wir bringen es aber nicht fertig, diese egoistische Rattenfänger-Initiative der SVP zu unterstützen und werden deshalb Nein Stimmen. Bei der Stichfrage bitte "Solidaritätsstiftung" ankreuzen.

Mit kollegialen Grüßen
Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Zu den Abstimmungen vom 22. September empfiehlt der GBZ:

Längere Ladenöffnungszeiten:	Nein
Elektrizitätsmarktgesetz (EMG):	Nein
Solidaritätsstiftung:	Ja
Goldinitiative der SVP:	Nein
Stichfrage:	"Solidaritätsstiftung"

Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

Kampf zwischen Gross und Klein

Die Vereinigung Pro Zug sprach sich gestern gegen längere Ladenöffnungszeiten aus. Vorgängig wurden in einer Podiumsdiskussion Pro- und Kontra-Argumente ausgetauscht.

VON ERNST ZIMMERLI

«Im Kanton Zug soll wieder ein Dialog in Gang gesetzt werden.» Diese Meinung vertrat SVP-Kantonsrat Werner Villiger an der von der Vereinigung Pro Zug (VPZ) organisierten Podiumsdiskussion zum Thema Ladenöffnungszeiten. Rund 40 Personen verfolgten die Gesprächsrunde, an der neben Villiger auch Beat Aklin (Inhaber Metzgerei Aklin), Bruno Bollinger (Gewerkschaftsbundspräsident des Kantons Zug) und Jürg Birkenmeier (Epa) teilnahmen. Geleitet wurde das Podium von Werner Steinmann, Chefredaktor der «Neuen Zuger Zeitung».

Mehr Freiheit für die Kunden

Grund der Veranstaltung ist eine Gesetzesvorlage zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, welche auf eine Motion von Werner Villiger zurückgeht. Er wolle mehr Freiheit für die Kunden, die Geschäfte und KMUs, begründete Villiger gestern Abend seinen Vorstoss. Über die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten haben die Stimmbürger des Kantons Zug am 22. September zu befinden. Vor fünf Jahren wurde eine ähnliche Vorlage vom Souverän deutlich abgelehnt. Villiger ist jedoch davon überzeugt, dass sich «die Rahmenbedingungen seither verändert haben».

Eine vollständige Liberalisierung, wie sie vom Motionär ursprünglich geplant war, erachtete Jürg Birkenmeier, als Vertreter eines Grossverteilers ebenfalls für eine Liberalisierung votierend, als zu radikal: «Noch sind wir nicht soweit.»

Für Bruno Bollinger kommt eine Libe-



Pro und kontra längere Ladenöffnungszeiten diskutierten gestern Abend (von links) Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug, Beat Aklin, Inhaber Metzgerei Aklin, Gesprächsleiter Werner Steinmann, Chefredaktor «Neue Zuger Zeitung», Werner Villiger, Motionär, und Jürg Birkenmeier von der Epa Zug.

BILD: WALTER SCHUBERT

ralisierung nicht in Frage: «Gesetze haben eine regulierende Wirkung für die Gesellschaft.» Falls sich das Volk dennoch für längere Öffnungszeiten ausspricht, befürchtet er eine «Salamitaktik» für noch längere Öffnungszeiten. Diese sei schon nach der letzten Abstimmung angewendet worden, habe man doch jetzt im Dezember schon zwei verkaufsoffene Sonntage.

Sozialer Aspekt im Vordergrund

Ebenfalls klarer Gegner der Liberalisierung ist Beat Aklin. Für ihn steht allerdings der soziale Aspekt im Vordergrund: «Mit dem Ladenschluss können

die Verkäuferinnen noch nicht nach Hause. Sie müssen noch den Abschluss machen und das Geschäft putzen.» Zudem könnten kleine Betriebe ihr Personal nicht schichtversetzt einsetzen, wie dies bei Grossverteilern möglich sei. Auch die Qualität und die Motivation des Personals würden laut Aklin unter längeren Ladenöffnungszeiten leiden.

Birkenmeier wies darauf hin, dass auch er soziale Verantwortung wahrnehme. Allerdings sei die Qualität des Familienlebens nicht von Ladenöffnungszeiten abhängig. Viele Verkäuferinnen würden lieber zweimal in der Woche bis 20 Uhr arbeiten und dafür einmal einen

halben Tag für die Familie freinehmen. Fest stehe auch, so Birkenmeier, dass das Gesetz nicht von heute auf morgen voll ausgeschöpft würde: «Das hängt ganz vom Kundenverhalten ab.»

Bruno Bollinger hegt Befürchtungen, dass nur grosse Unternehmungen von längeren Öffnungszeiten profitieren. Da generell das Verkaufsvolumen nicht zunehme, würde der höhere Umsatz der Grossverteilern grösstenteils zu Lasten der Kleinen gehen.

In der anschliessenden Konsultativabstimmung sprach sich die VPZ mit 17 gegen 5 Stimmen deutlich gegen längere Ladenöffnungszeiten aus.

Längere Ladenöffnungszeiten:

Vorteile für wenige, Nachteile für viele.

Was sich beim Unterschriftensammeln abgezeichnet hat, bestätigt sich nun in der Abstimmungsdiskussion: Die Mehrheit der Kunden, des Personals und der Verkaufsgeschäfte will keine längeren Öffnungszeiten. Konsumentinnen und Konsumenten wollen, dass die Geschäfte wieder einheitliche Öffnungszeiten haben. Seit Jahren ist es ein wachsendes Ärgernis, weil man nicht mehr weiss, wer am Montag, am Mittag oder am Abend offen hat. Das ist einer erste Folge der Liberalisierung: Wenige haben die "Freiheit", dann einzukaufen, wann sie wollen; dies bezahlt aber die Mehrheit mit dem Nachteil, nicht mehr zu wissen, wann die Geschäfte offen sind.

Viele Verkaufsgeschäfte wollen keine längeren Öffnungszeiten, weil sie genau wissen, dass nur die Grossen davon profitieren. Eindrücklich war die Diskussion bei der Generalversammlung der Vereinigung Pro Zug, wo eine deutliche Mehrheit der Geschäftsinhaberinnen und -inhaber gegen das neue, liberalisierte Ladenöffnungsgesetz gestimmt haben.

Und schliesslich das Personal, das die Folgen längerer Öffnungszeiten tragen müsste. Gerade in Zürich, wo liberalere Öffnungszeiten eingeführt worden sind, ist das Personal unzufrieden und frustriert, weil für sie der Arbeitstag länger geworden ist. Frauen mit Familienpflichten bemängeln, dass sie am Abend dann nach Hause kommen, wenn die Kinder bereits im Bett sind. Weitsichtige Kunden und Geschäftsinhaber sind auch darum gegen eine weitere Liberalisierung, weil sie wissen, dass unzufriedenes Personal für das Geschäft schlecht ist.

Es sind neoliberale Politikerinnen und Politiker, die aus ideologischen Gründen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten wollen. Vorreiterin dieser Politik im Interesse der Grossen ist wieder einmal jene Volkspartei, die immer noch vorgibt, die Interessen des Volkes zu vertreten. Das Zuger Volk hat aber bereits 1997 deutlich Nein zu einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten gesagt. Darum werden wir auch am 22. September Nein zu dieser SVP-Zwängerei stimmen.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund, Baar

Die SP-Basis setzte ihren Politikern Druck auf Zuger Abstimmungskomitee gegründet – die SP macht mit

Aus dem Referendumskomitee gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten hat sich ein erweitertes Abstimmungskomitee gebildet. Hinzugesellt hat sich nun auch die SP.

Das Komitee plant eine aktive Kampagne gegen das neue Ladenöffnungsgesetz, über das am 22. September abgestimmt wird. Wegen der hohen Unterschriftenzahl fürs Referendum rechnet das Komitee damit, die Abstimmung gewinnen zu können.

«Unfair und unsozial»

Vor fünf Jahren haben die Zugerinnen und Zuger deutlich längere Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Ruth Wyss vom Komitee: «Es war deshalb eine besonders undemokratische Zwängerei, als im Mai 2000 die SVP im Kantonsrat das neue Gesetz durchboxte, das noch

weiter geht als das vom Volk verworfene.» Es lässt eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten von 6 Uhr bis 21 Uhr an den Werktagen und von 6 Uhr bis 18 Uhr an den Samstagen und Vorabenden von Feiertagen zu.

«Weitere Dorfläden bedroht»

Den Gemeinden würden längere Öffnungszeiten eine zusätzliche Abwanderung von Kunden ins "Zugerland" oder "Metalli" bescheren, so Wyss weiter. Die extreme Ausweitung der Ladenöffnungszeiten raube den oft ohnehin schlecht gestellten Verkäuferinnen und Verkäufern noch mehr freie Abende. Dazu drohten weitere nahegelegene Dorfläden zu verschwinden. Deshalb habe sich auch die Detailhandels- und Gewerbe-Vereinigung Pro-Zug gegen das neue Gesetz gestellt.

Basis blies den Marsch

Abseits stand bisher die SP: «Es war von den Kräften her nicht

möglich, vorher beim Referendumskomitee aktiv mitzumachen», sagt SP-Parteipräsident Hubert Schuler. Mehr noch: Die SP-Fraktion hatte dem Ladenöffnungsgesetz im Verhältnis von fünf zu drei zugestimmt. Schuler: «Es gebe eben Gründe dafür und dagegen.» Nun aber haben am Parteitag im Mai die SP-Mitglieder der Teilnahme am Abstimmungskomitee klar zugestimmt. Dazu Andreas Bossard (CSV und Komiteemitglied) lakonisch: «Man kann immer gescheiter werden.» (ICE)

Das Komitee: Ruth Wyss, Alternative Fraktion Zuger Kantonsrat (Koordination); Sybilla Schmid und Bruno Bollinger, Zuger Gewerkschaftsbund; Jo Lang, SGA Kanton Zug; Andreas Bossard, CSV Kanton Zug; Cornelia Mayinger, Forum Oberägeri; Josef Marty, Freie Wähler Menzingen; Franz Felder, Freie Wähler Neuheim; Andreas Hürlimann, Frische Brise Steinhausen; Claudine Anderhub, Gleis 3 Risch-Rotkreuz; Monika Andres, Kritisches Forum Cham; Anna Lustenberger, SGA Baar; Marianne Zehnder, SGA Zug; Andrea Erni und Hubert Schuler, SP des Kantons Zug; Christina Stutz, Angestelltenvereinigung des Kantons Zug; Elisabeth Sutter, Comedia; Ofra des Kantons Zug; Nick Limacher, SYNA; Thomas Bieri, UNIA; Peter Staub, VHTL; Toni Gschwind, VPOD.

Nein zum neuen Ladenöffnungsgesetz

Es gibt für mich viele Gründe, um das neue Ladenöffnungsgesetz abzulehnen. Als Konsumentin bin ich bereits heute hin und wieder verunsichert, weil ich nicht mehr weiss, wann welche Detailhandelsgeschäfte geöffnet sind. Eine Ausdehnung der Öffnungszeiten wird den Wildwuchs verstärken und das Einkaufen unter Umständen erschweren. Ausserdem erwarte ich in einem Fachgeschäft kompetente Beratung, wie sie nur entsprechend geschultes Personal bieten kann. Wenn aber die kleinen Geschäfte mehr Stunden abzudecken haben, werden sie auf unqualifiziertes und auch billigeres Personal zurückgreifen müssen. Dann macht aber das Einkaufen im Fachgeschäft keinen Sinn mehr.

Als Gewerkschafterin bin ich strikte gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Verkäuferinnen und Verkäufern. Eine Ausdehnung der Arbeitszeiten in den Abend hinein und auch die Verlängerung der Arbeitszeit an Samstagen und vor Feiertagen verkürzt die Sozialzeit der Betroffenen. Damit meine ich die Zeit, die man gemeinsam mit der Familie, mit Freunden und Kolleginnen verbringen kann. Ausserdem befürchte ich einen Lohnabbau, weil die zusätzlichen Personalkosten zum Abdecken der längeren Öffnungszeiten irgendwo wieder eingespart werden müssen. Auch ist eine Zunahme der sogenannten Arbeit auf Abruf zu erwarten, die gegenüber einer Festanstellung ganz viele Nachteile aufweist.

Als gleichstellungspolitisch engagierte Frau kann ich mich der Argumentation der FDP-Frauen, welche das neue Gesetz befürworten, in keinem Punkt anschliessen. Dass die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten vor allem den Frauen dient, weil diese mit ihrer Doppelbelastung von Hausarbeit und Beruf darauf angewiesen seien nach Arbeitsschluss ihre Einkäufe zu besorgen, rechtfertigt eine Ausdehnung bis abends 20 Uhr keineswegs. Viele Angestellte haben bereits um 17 Uhr Arbeitsschluss, irgendwann unter der Woche oder zumindest am Samstag frei, oder um die Mittagszeit genügend Gelegenheit um einzukaufen. Ein Notstand hat bis jetzt nicht geherrscht, meine ich. Mich stört aber bei der Argumentation noch etwas anderes: Warum wird die Tatsache der Doppelbelastung einfach so hingenommen? Und warum müssen es Frauen sein, welche die Einkäufe besorgen? Würde eine partnerschaftlichere Aufteilung der Hausarbeit nicht viel mehr bringen als die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten? Auch die Schaffung von zusätzlichen Teilzeitstellen im Verkauf, gerade für Frauen, wird von den FDP-Frauen begrüsst. Als Konsumentin, Gewerkschafterin und Frau bin ich aber klar gegen die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse, wie sie solche Teilzeitstellen oft darstellen.

Bitte sagen auch Sie am 22. September Nein zum neuen Ladenöffnungsgesetz.

Sybilla Schmid Bollinger